

3 Jahre Pegida - Immer noch ein Grund zum reiern!

Drei Jahre ist es mittlerweile her, dass Lügenlutz mit seinem Hooliganhaufen das erste Mal durch die Dresdner Barockidylle zog. Scheinbar den europäischen Zahn der Zeit, von Hogesa bis besorgten Bürger*innen, treffend folgten schon kurze Zeit später Tausende. Parallel dazu gelang es Migrant*innen im Sommer 2015 das europäische Grenzregime auszuhebeln und sich damit das Recht auf ein besseres Leben einzufordern. Seitdem hat rechte Hetze ihren Weg von den Stammtischen in alltägliche Talkshows und politische Debatten gefunden und insbesondere im Wahljahr scheint kein anderes Thema populärer zu sein. Meist wird dabei die gestiegene Bedrohung durch Terrorismus gleichgesetzt mit den Menschen, die oft aus genau diesem Grund hierher geflohen sind. Der Ruf nach einem immer schärferen Grenzregime und einer Obergrenze für die Aufnahme von Schutzsuchenden kommt dabei auch schon lange nicht mehr nur von der AfD, sondern setzt sich auch bis in die Führung linker Parteien fort. Die Gründe dafür sind vielfältig, Angst vor einem möglichen Verlust von Wähler*innenstimmen oder die fehlende Reflexion des eigenen Rassismus.

Ein weiteres Problem ist die Frage des Umgangs mit dieser Entwicklung. Gerade in Sachsen ist die weitläufige Meinung dazu, man solle doch "Sorgen" und "Ängste" ernst nehmen. Die Sorgen von hunderten Tausenden Menschen, die beispielsweise gegen AKW's, NATO oder TTIP demonstriert haben, erteilt diese Gegenliebe nicht. Dafür ist jeder Tabubruch, jeder rassistische Ausfall, jeder Übergriff auf nichtweiße Menschen Taktgeber der auf Ausgrenzung und Abschottung abzielenden derzeitigen Politik. Das Zulassen, das Legitimieren klar rassistischer Positionen normalisiert diese und verstärkt den derzeitigen Rechtsruck. Bis auf Lippenbekenntnisse scheint ein Vorgehen dagegen von staatlicher Seite nicht vorhanden. Viele Beispiele aus Justiz, Behörden, Regierung, aber auch Wissenschaft scheinen zu belegen, dass Rassist*innen gerade in Dresden Narrenfreiheit genießen. Antifaschist*innen werden wohl auch in Zukunft nicht viele Verbündete im Kampf gegen diese Zustände haben.

Wichtiger ist jedoch immer noch die Solidarität mit den Menschen, die von dieser Entwicklung am meisten betroffen sind. Während immer noch Menschen im Mittelmeer ertrinken, werden Geflüchtete die es bis nach Deutschland geschafft haben weiter entrechtet. Diskriminierung im Alltag und die ständige Gefahr von Abschiebung sind Realität für viele Menschen. Damit sowas wie eine Autonomie der Migration 2015 nicht noch einmal passiert, plant die Europäische Union einen Zaun quer durch Afrika. In Zusammenarbeit mit Staaten, welche noch viel fragwürdiger als die hiesigen sind, sollen Geflüchtete schon weit vor Europa aufgehalten werden. Weiterhin soll damit verhindert werden, dass noch mehr Bilder von Folgen der menschenverachtenden Politik Europas entstehen. Gegen diese Verhältnisse sollten sich unsere Aktivitäten richten, im Alltag, auf der Straße und sonst überall. Auf Lösungen des Staates zu vertrauen wäre naiv. Stattdessen sollte der Fokus auf Aufbau selbstorganisierter Strukturen weiterhin im Fokus stehen, abseits von Staat, Nation und Kapital, solidarisch im Kampf gegen Rassismus und Patriarchat!